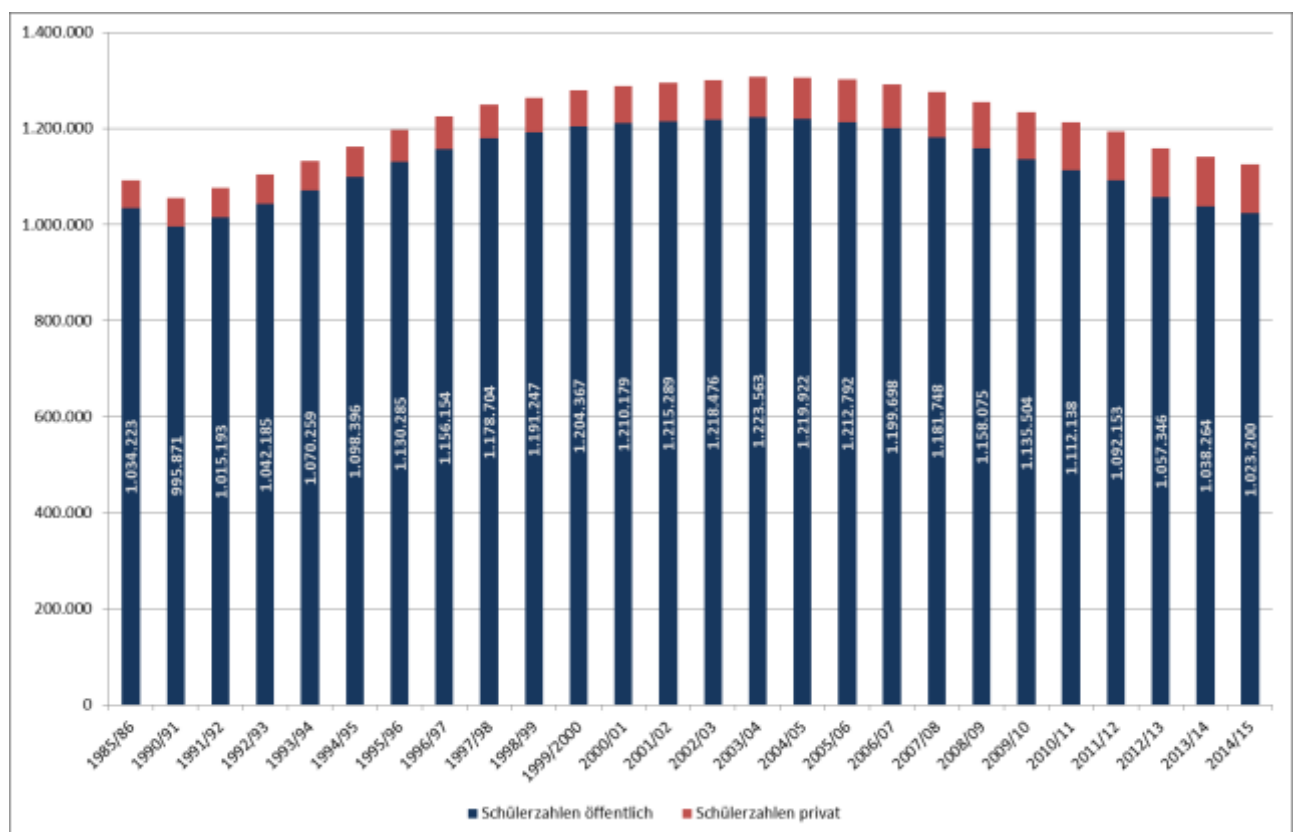


## Daten und Fakten zur Schulpolitik

Die Schullandschaft ist im Umbruch. Politische Entscheidungen, demografische Entwicklungen und das Schulwahlverhalten der Eltern haben dies ausgelöst. Die GEW als wichtigste bildungs- und gewerkschaftspolitische Kraft im Land gestaltet die Veränderungen mit und fordert gute Bedingungen für die Beschäftigten ein. Grundlage ist dabei immer konsequente Sachlichkeit und fundierte Begründungen. Mit dieser Info stellen wir zentrale Daten und Fakten dar, die den Rahmen für bildungspolitische Veränderungen und Forderungen stecken. An ihnen müssen sich unterschiedliche Konzepte bewähren, und zwar jenseits der politischen Grundvorstellungen. Ich freue mich, wenn diese Informationen zu einer sachlichen, zukunftsorientierten und lebendigen Debatte beitragen.

Doro Moritz, GEW-Landesvorsitzende

### Die Schülerzahlen an allgemeinen und beruflichen Schulen gehen weit weniger stark zurück als bislang angenommen

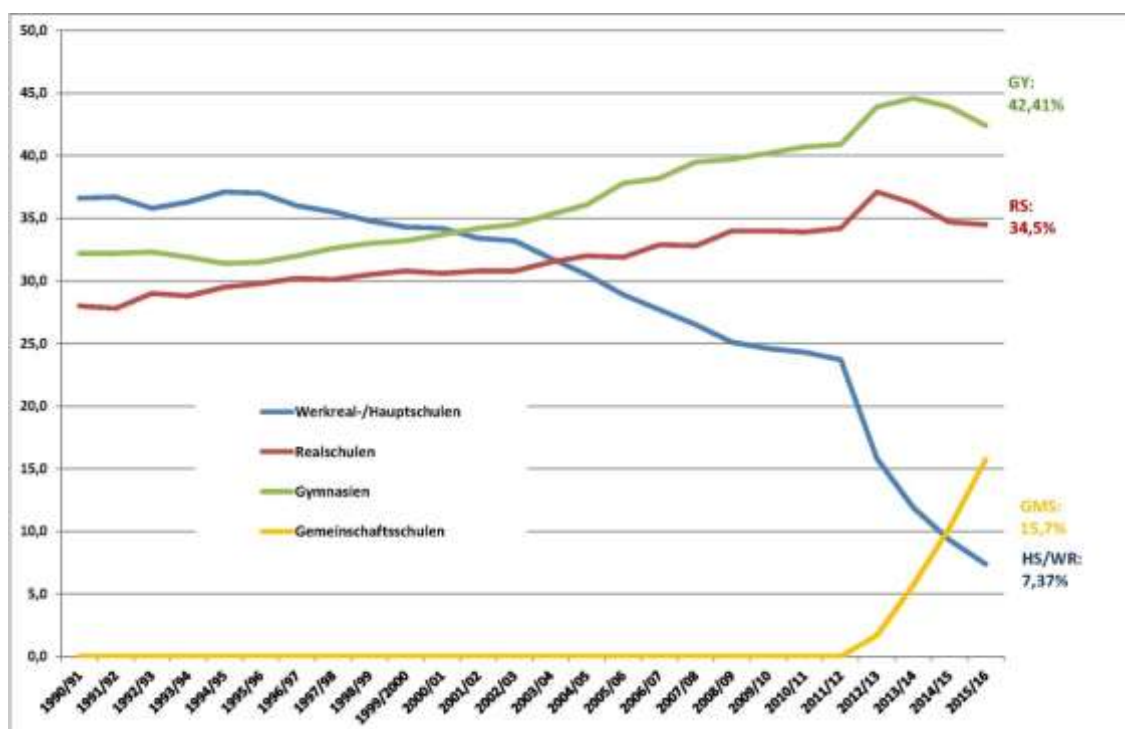


Der bislang prognostizierte Rückgang der Schüler/innenzahlen wird vor allem durch die Zuwanderung gebremst. Für Grundschulen werden steigende, für die weiterführenden und beruflichen Schulen jedoch langfristig sinkende Schülerzahlen vorausgesagt. Aufgrund der Unwägbarkeiten der weiteren Entwicklung wird die Prognose der Schülerzahlen künftig jährlich angepasst. Seit 1985 hat sich überdies der Anteil der Schüler/innen, die eine Schule in privater Trägerschaft besuchen, nahezu verdoppelt. Heute besuchen knapp 10 Prozent der Schüler/innen an den allgemeinbildenden Schulen eine Privatschule.

Berufliche Schulen	2007/08	2011/12	2013/14	2014/15	2016/17	2018/19	2020/21
Teilzeit - 2014	205253	195839	190730	187163	184800	173200	160400
Vollzeit - 2014	166361	166222	168263	170459	170900	158600	150400
Insgesamt 2014	371614	362061	358993	357622	355700	331800	310800
Insgesamt - Prognose 2010				336300	326400	309500	291200

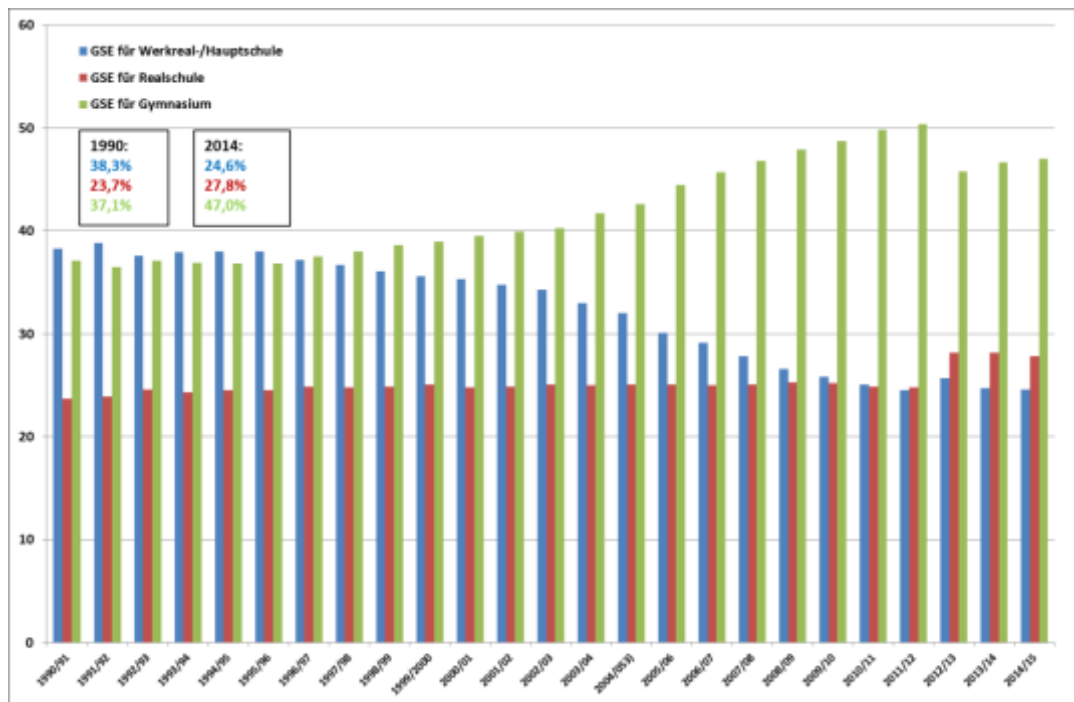
Auch bei den beruflichen Schulen gingen die Gesamtschülerzahlen insgesamt weit geringer zurück als vorhergesagt. Und die vom Statistischen Landesamt im Jahr 2014 erstellte Prognose dürfte mittlerweile hinfällig sein: Allein die Zahl der VAB-O Klassen ist aufgrund der gestiegenen Flüchtlingszahlen von 33 (2013/14) auf 189 Ende 2015 angewachsen.

**Die Übergänge an die weiterführenden Schulen zeigen, dass die Haupt- und Werkrealschulen nicht mehr akzeptiert werden.**



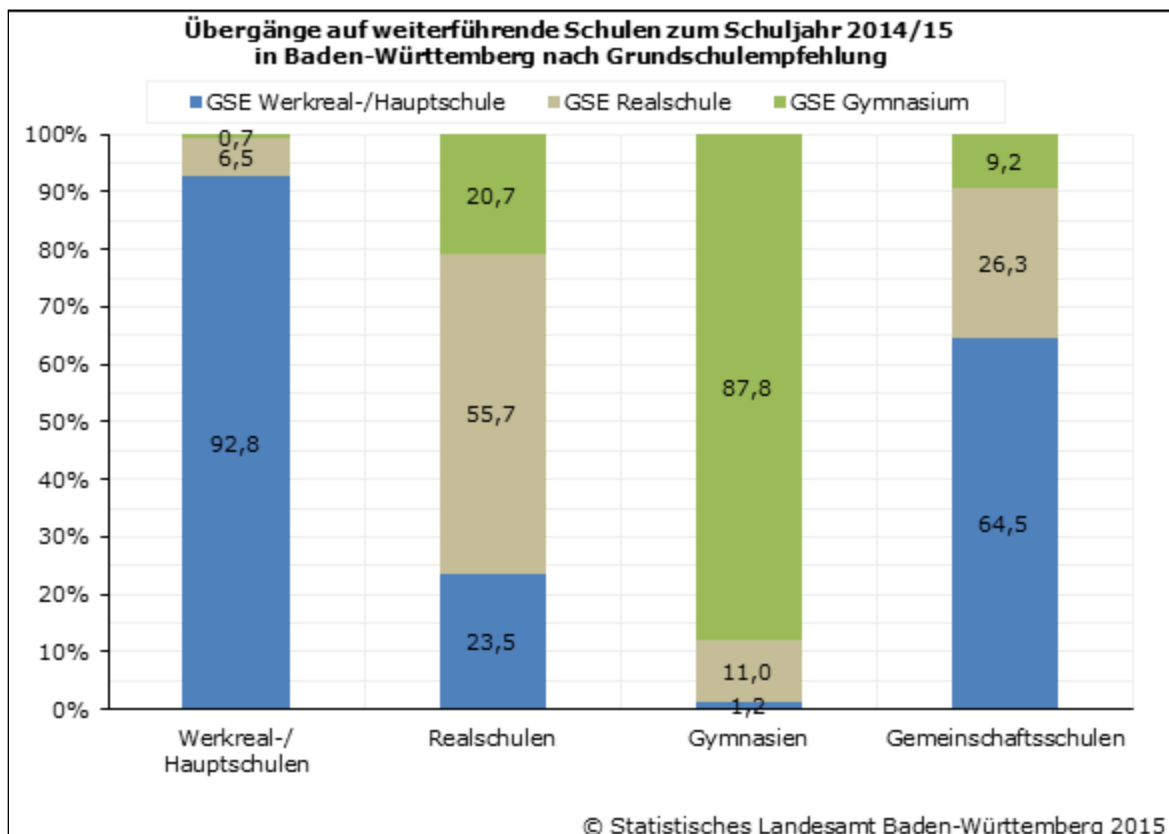
Aufgrund des Aufwachsens der Gemeinschaftsschulen steigt deren Anteil an den Übergängen. Erstmals sanken im vergangenen Schuljahr die Quoten der Realschulen und Gymnasien leicht ab. Das Gymnasium ist nach wie vor die am meisten nachgefragte Schulart. Die Akzeptanz der Haupt- und Werkrealschulen ist seit Jahrzehnten rückläufig, was mit der freien Schulwahl ab 2012/13 lediglich verstärkt wurde.

## Der Wegfall der Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung entspannt die Übergangssituation



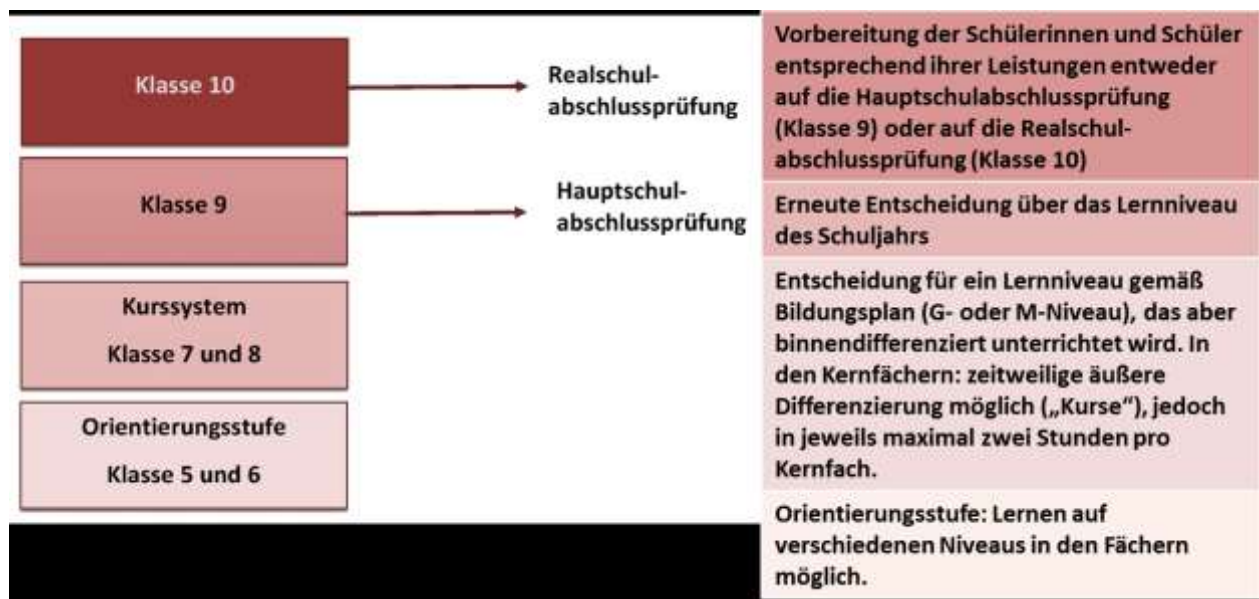
Die Grundschul“empfehlung“ (GSE) folgte in den vergangenen Jahren ganz offensichtlich der gestiegenen Bildungsaspiration der Eltern. Auffällig ist, dass im Schuljahr 2012/-13, mit dem Wegfall der Verbindlichkeit der GSE, der Anteil der Empfehlung für das Gymnasium gesunken ist. Dies ist möglicherweise darauf zurück zu führen, dass Eltern und Lehrer/innen gelassener mit der GSE umgehen. Dies führt erstaunlicherweise dazu, dass weniger Empfehlungen für das Gymnasium ausgesprochen werden.

## Änderungen im Übergangsverhalten machen die Realschule zur heterogensten Schulart



Mit dem Wegfall der Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung haben sich Verschiebungen im Schulwahlverhalten ergeben: Vor allem wechseln jetzt mehr Schüler mit Werkrealschulempfehlung an Realschulen. Auch der Anteil der Schüler mit Realschulempfehlung, die ans Gymnasium wechseln, hat sich gegenüber 2005 deutlich erhöht. Im Ergebnis haben wir es mit einer sehr großen Heterogenität an Realschulen zu tun, während Haupt- und Werkrealschulen einerseits und Gymnasien andererseits relativ homogene Schülergruppen verzeichnen. An Gemeinschaftsschulen ist die erwünschte Leistungsbreite noch nicht erreicht, dort ist der Anteil an Leistungsstarken vergleichsweise gering.

## Das neue Realschulkonzept ermöglicht differenziertes Lernen und vermeidet Brüche im Bildungsverlauf der Schüler/innen



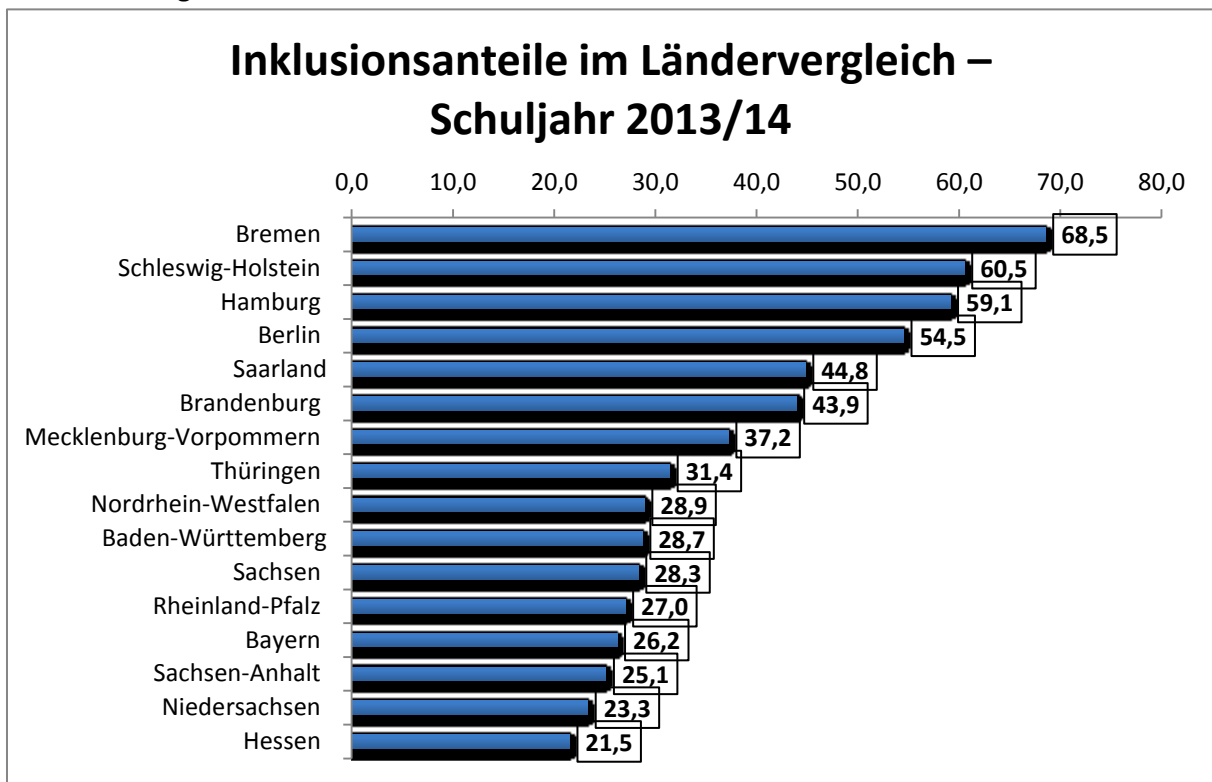
Die Heterogenität an Realschulen ist groß. Die Förderung auch der Leistungsstarken gelang an den Realschulen schon immer sehr gut. Jedoch gilt es jetzt, auch dem größer werdenden Anteil der Leistungsschwächeren gerecht zu werden. Hierzu wird das Konzept des binnendifferenzierten und zieldifferenten Lernens eingeführt. Ab dem Schuljahr 2015/16 erhält die Realschule sechs Poolstunden je Zug für die Bewältigung ihrer Aufgaben. Ab dem Schuljahr 2020/21 können Schüler/innen an der Realschule die Hauptschulabschlussprüfung absolvieren. Die Schulfremdenprüfung wird damit künftig vermieden.

### Die Haupt- und Werkrealschulen erfüllen längst nicht mehr die Funktion der wohnortnahen Schule.

<b>Haupt- und Werkrealschulen</b>	<b>2003</b>	<b>2003 --&gt; 2013/14 in %</b>	<b>2003 --&gt; 2013/14 absolut</b>
Schüler/innen	208.678	-41,37 %	-86.338
Klassen	9.799	-35,90 %	-3.518
Schulen	1.207	-31,73%	-383

Von 2003 bis 2013 hat sich die Anzahl der Schüler/innen an den allgemeinbildenden Schulen um rund 175.000 verringert. Der Rückgang ist fast ausschließlich an Grund- und Haupt-/Werkrealschulen wirksam geworden. Inzwischen gibt es noch etwa 700 HS/WR, von denen allerdings rund 300 akut gefährdet sind, weil sie keine Eingangsklassen mehr bilden können oder die Mindestschülerzahl von 16 nicht erreichen. Ohne die Einrichtung von Gemeinschaftsschulen wäre der Rückgang der Schulstandorte deutlich höher ausgefallen.

Sowohl im Länder- als auch im Staatenvergleich wird der Nachholbedarf Baden-Württembergs bei der Umsetzung der Inklusion im Schulbereich deutlich



Der Anteil der Kinder mit festgestelltem Förderbedarf (Förderquote) steigt seit Jahren an: Bundesweit von 5,3 Prozent im Schuljahr 2000/01 auf 7,1 Prozent im Schuljahr 2013/14. Ebenso steigt jedoch auch der Inklusionsanteil der förderbedürftigen Schüler/innen, die also an Regelschulen unterrichtet werden. Sie liegt im Schuljahr 2013/14 im Durchschnitt aller Bundesländer bei 31,4 Prozent. Baden-Württemberg befindet sich mit 28,7 Prozent im Mittelfeld einer Bandbreite von 68,5 Prozent (Bremen) und 21,5 Prozent (Hessen).

## Ein Gebot der Vernunft und ein Erfolg der GEW: Die Rücknahme der geplanten Stellenstreichungen

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	Zusammen
<i>Beabsichtigte Stellenstreichungen</i>	1.000	1.200	1.829	1.776	1.685	1.530	1.368	1.214	11.602
<i>davon gestrichen</i>	1.000	363							1.363
<i>Restliche Streichungen laut Haushaltsplan 2015/16</i>			0	400	633	440	200	60	1.733
<i>Stellen, die gegenüber der ursprünglichen Planung erhalten bleiben</i>	0	837	1.829	1.376	1.052	1.090	1.168	1.154	8.506

Der Verzicht der grün-roten Landesregierung auf die Streichung von 1.800 Stellen im laufenden Jahr und die Reduzierung der geplanten Streichungen in 2016 auf 400 wegfallende Stellen ist ein wichtiger Beitrag zur Stabilisierung der zahlreichen Entwicklungsprozesse, die an den Schulen des Landes auf den Weg gebracht wurden. Im Doppelhaushalt 2013/14 war noch eine Streichung von 11.692 Lehrerstellen vorgesehen, diese Zahl wurde auf 3.186 korrigiert.

### Neue und aufgestockte Stellen 2015 und 2016 für neue Aufgaben

	Inklusion	Realschulen	Grundschulen	Aufstockung VKL und VABO (Flüchtlinge)	Summe
2015	200	206	180 + 7 für Medienbildung	165	758
2016	200	109	+ 14 für Medienbildung	66	389
Summe	400	315	180 + 21 für Medienbildung	231	1.147

Die Landesregierung hat mit der Schaffung neuer und zusätzlicher Stellen anerkannt, dass die immensen Herausforderungen im Schulbereich ohne personelle Ressourcen nicht zu schaffen sind: Die Umsetzung der Inklusion, die große Heterogenität an den Realschulen, Sprachförderung und Medienbildung an den Grundschulen und die steigende Anzahl von Flüchtlingskindern in allgemeinbildenden und beruflichen Schulen verlangen den Beschäftigten immer mehr ab. Eine entsprechende Ausstattung mit Personal ist unabdingbar. Der Personalbedarf muss auch künftig wieder an den tatsächlichen Aufgaben bemessen werden und nicht an abstrakten Sparvorstellungen.